

risch als seine ‚beste Operation in 39 Jahren‘ rühme, sei in einer ernsthaften Diskussion über menschenwürdiges Sterben fehl am Platze, bevor sie dem in ihrer nächsten Nummer eine Rechtauf-den-eigenen-Tod-Apologie ihres in dieser Frage eindeutig festgelegten Justizberichterstatters *Hanno Kühnert* folgen ließ.

In der *Sache* selbst zeigten sich allerdings wieder einmal große *Unsicherheiten*. Darüber wird sich niemand wundern, der die Materie auch nur einigermaßen kennt. Daß der medizinische Fortschritt so weit gediehen ist, daß er für Todkranke und Sterbende zu einer höchst zweischneidigen „Hilfe“ wird, ist nach den vielen Diskussionen der letzten Jahre selbst denen bewußt, die von Intensivmedizin rein gar nichts verstehen. Daß manche medizinische Maßnahmen nur noch der Verlängerung des Sterbens und nicht mehr dem Kranken oder Sterbenden dienen, wissen auch Mediziner, für die auch in solchen Situationen noch der „Erfolg“ ihrer Apparatetechnik Vorrang hat. Andere haben längst daraus die Konsequenz gezogen und helfen *im* Sterben, indem sie Schmerzen erleichtern und lebensverlängernde Mittel reduzieren oder nicht mehr verabreichen.

Aber es gibt innerhalb der Medizin und außerhalb ihrer zahlreicher werdende Stimmen, die die Möglichkeit der Tötung hoffnungslos Kranker, wenn diese selbst es verlangen, nicht ausschließen oder gar eine Legalisierung dieser Möglichkeit, wenn auch nur unter bestimmten Bedingungen (Kollegialentscheidung usw.), fordern. Diesem Ziel diene, wie schon bei der ersten Fernsehnachricht darüber zu erkennen war, die gesamte „Operation“ Hackethals und der sich ihr propagandistisch anschließenden „Gesellschaft für humanes Sterben“.

Die Verfechter der *Legalisierung der Tötung auf Verlangen* finden Unterstützung nicht nur bei solchen, für die die freie Entscheidung über das eigene Sterben (Recht auf den eigenen Tod) juristisch wie ethisch eine Selbstverständlichkeit ist, sondern auch bei solchen, für die die Unterscheidung zwischen passiver und aktiver Sterbehilfe

spitzfindige Scholastik ist. Aber wenn mit Analogieschlüssen auch vorsichtig umzugehen ist und die Angst vor möglichen Dambrüchen kein guter Ratgeber ist, muß doch bedacht werden, daß der Übergang von Tötung auf Verlangen zur Tötung von Menschen, die sich nicht frei äußern können, deren Leben aber als inhuman oder „unwertig“ angesehen wird, kurz ist. Schließlich haben *Binding* und *Hoche*, längst bevor die Nazis kamen, festgestellt: Es gebe „Geschöpfe, deren Tod sie, den Staat und die Allgemeinheit, entlastet“. Und selbst wenn es bei der Legalisierung „nur“ der Tötung auf Verlangen bliebe: Wie frei ist ein Schwerverkranker in solchem Verlangen? Neben dieser Frage, die nicht so leicht mit dem Gegenvorwurf zu erledigen ist, diejenigen, die aktive Sterbehilfe verweigern, die Ärzte zumal, schwängen sich zu Richtern über die Freiheit von Patienten auf, bleibt als weitere Frage: Ob denn nicht die Möglichkeiten der Hilfe im Sterben, des Sterbenslassens, wo Medizin nur noch biologisch Lebensverlängerung erreicht, nicht schon ausreichen, um auch extremen Situationen von todkranken Patienten gerecht zu werden. Es gibt genug Ärzte und Juristen, die dieser Überzeugung sind. Ist nicht gerade deswegen jede über das geltende Recht hinausgehende gesetzliche Regelung in diesem Bereich zu viel? *se*

Nahostsorgen

Seinem Apostolischen Schreiben „Redemptionis Anno“ vom 20. April über Jerusalem als heilige Stadt für Christen, Juden und Muslime ließ Johannes Paul II. schon wenige Tage später am 1. Mai ein Apostolisches Schreiben über den Libanon folgen, begleitet von einer ausführlichen Botschaft an die Bewohner der einstigen „Schweiz des Nahen Ostens“. Damit hat der Papst in feierlicher Form zu den beiden Problemen Stellung genommen, die seit jeher im Zentrum der vatikanischen Bemühungen um den Krisenherd Na-

her Osten stehen: der Status Jerusalems und das Schicksal des Libanon mit seinem starken christlichen Bevölkerungsanteil.

In beiden Fällen bewegen sich die jetzigen päpstlichen Äußerungen ganz und gar im Rahmen, den die *bisherige Nahostpolitik* und -diplomatie des Heiligen Stuhls abgesteckt hat. Das gilt nicht zuletzt für die in „Redemptionis Anno“ erhobene Forderung nach einem „*international garantierten Statut*“ für Jerusalem. Eine gleichlautende Formulierung hatte Johannes Paul II. schon in seiner Ansprache vor der UN-Vollversammlung im Herbst 1979 gebraucht (vgl. HK, November 1979, 557) und dabei auf Paul VI. verwiesen. Tatsächlich hat sich während des Pontifikats Pauls VI. die vatikanische Position dahingehend verändert, daß nicht mehr von einer „Internationalisierung“ Jerusalems im Sinn des UN-Teilungsplans für Palästina von 1947, sondern nur noch von einem international garantierten Statut die Rede war.

Auch in den *Grundsatzpositionen* zum Nahostkonflikt bringt „Redemptionis Anno“ keine Überraschungen. Der Papst hält fest, das palästinensische Volk habe das natürliche und begründete Recht, wieder eine Heimat zu finden. Gleichzeitig spricht das Schreiben von der „gewünschten Sicherheit und der gerechten Ruhe“ für das jüdische Volk, „das im Staat Israel lebt und in jenem Land so kostbare Zeugnisse seiner Geschichte und seines Glaubens bewahrt“. Daraus, daß hier der Staat Israel ausdrücklich genannt wird, läßt sich allerdings kaum schließen, der Vatikan sei dabei, seine bisherige Weigerung zu überdenken, diplomatische Beziehungen mit dem jüdischen Staat aufzunehmen.

Die vatikanischen Sorgen dürften sich gegenwärtig weit stärker auf den *Libanon* richten, wo in einem seit fast zehn Jahren andauernden Bürgerkrieg um eine neue Machtverteilung zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen gekämpft wird. Der Papst, der sich vor Veröffentlichung des Apostolischen Schreibens und der Botschaft mit den vier unierten Patriarchen des Libanon beriet, ruft die libanesischen Christen

dazu auf, „Ferment der Einheit und der Versöhnung“ in einem Land voller Spaltungen zu sein und mit ihren Mitbürgern guten Willens zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig werden sie aber ermahnt, ihre Freiheiten zu verteidigen, besonders die Freiheit, „die Werte des Evangeliums zu verkünden und gemeinsam zu leben“. Im Hintergrund steht letztlich die Sorge um das weitere Schicksal der *christlichen Minderheiten* im Nahen Osten. Das Apostolische Schreiben stellt ausdrücklich fest, die Entwicklung des Christentums im Libanon beeinflusse entscheidend die Präsenz der Christen im Nahen Osten. Die Christen der arabischen Welt hätten sich, so der Papst, in dieser Region zu Hause gefühlt; sie hätten dort zur Verbreitung von Kultur und Fortschritt zum Wohl aller beigetragen.

Ob es in den nächsten Monaten und Jahren gelingt, dem Libanon, wie im päpstlichen Schreiben gewünscht, seine „ursprüngliche Physiognomie“ eines demokratischen und durch das geregelte Zusammenleben der Kulturen und Religionen geprägten Landes wiederzugeben, steht dahin. Darüber hinaus ist der weitere Weg der vielfach schon stark zusammengeschrumpften christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten angesichts der Entwicklungen im Islam mit zahlreichen Risiken und Unwägbarkeiten belastet. Sicher voraussagen läßt sich allerdings, daß der päpstliche Vorschlag eines international garantierten Status für Jerusalem für absehbare Zeit ein Wunschtraum bleiben wird. Das zu erkennen hätte es der ablehnenden Reaktionen aus Israel nicht einmal bedurft. Es bleibt die Frage, ob nicht doch weitere Kurskorrekturen der vatikanischen Nahostpolitik notwendig werden dürften.

111

Einladung

Während sich in den kommunistischen Ländern mit Ausnahme der Sowjetunion das Verhältnis zu den Kir-

chen in den letzten Jahren zwar nicht entspannt hat, sich aber nach Ländern verschieden jeweils um einiges weniger feindlich gestaltet, geht in der ČSSR zwischen Kirche und Staat schon lange so gut wie nichts mehr.

Staatliche Repressalien gegenüber der gläubigen Bevölkerung des Landes, wo immer sie nur möglich sind, spektakuläre Polizeiaktionen gegen die von den Behörden als illegal eingestuft religiösen Unternehmungen, Priesterprozesse und immer wieder staatliche Berufsverbote für Geistliche, deren seelsorglicher Erfolg den Behörden ein Dorn im Auge ist, wobei man nicht einmal mehr den üblichen Weg des Drucks auf die Bischöfe ging, sondern das Verbot selbst aussprach: Auf solche Vorgänge bezieht sich das meiste, was in den letzten Jahren aus der ČSSR in Fragen von Kirche und Religion gemeldet wird. Die Besprechungen von Sondernuntius Erzbischof *Luigi Poggi* Anfang März in Prag endeten ebenso ergebnislos wie der Besuch von ČSSR-Außenminister *Chnoupek* im Dezember 1983 im Vatikan. Eine reale Aussicht, die elf vakanten Bistümer mit neuen bzw. mit für die Kirche akzeptablen Kandidaten zu besetzen, scheint es nach wie vor nicht zu geben. Das einzig Erfreuliche, was sich in vielen, in den Westen gelangten Äußerungen dokumentiert, ist die wachsende Bereitschaft nicht weniger Katholiken, sich in ihrem religiösen und kirchlichen Leben durch staatliche Repressalien nicht einschüchtern zu lassen.

Um so mehr ließ die jüngste Initiative des 84jährigen Kardinals und Erzbischofs von Prag, *František Tomášek*, aufhorchen, der Mitte April den Papst namens der tschechoslowakischen Katholiken aus Anlaß der Methodius-Feiern im nächsten Jahr *in die Tschechoslowakei einlud*.

Anders als bei der vor einiger Zeit beim Ad-limina-Besuch der litauischen Bischöfe dem Papst gegenüber ausgesprochenen Einladung nach Litauen, scheint es sich im Falle der ČSSR nicht um einen Luftballon in Form spontaner Höflichkeit zu handeln, denn als Tomášek die Einladung an den Papst ausdrücklich und öffent-

lich bestätigte, fügte er hinzu, auch die tschechoslowakischen Behörden seien über die Einladung informiert, hätten aber bisher nicht dazu Stellung genommen.

Ob daraus wirklich etwas werden kann, muß abgewartet werden. Selbst wenn westliche Meldungen zutreffen, hohe Staatsfunktionäre hätten geäußert, einer solchen Reise stünde nichts im Wege, muß das nicht mehr bedeuten als eine *unverbindliche Zusage* mit dem Ziel einer verbindlichen Absage. Die Tatsache, daß Katholiken, die sich vor allem in der Slowakei an einer Unterschriftenaktion für den Papstbesuch beteiligten, von der Polizei belangt wurden und das auch noch, nachdem die offizielle Einladung durch Tomášek bekannt geworden war, spricht nicht gerade für einen neuen Kurs der Prager Führung.

Interessant ist allerdings ein Vorgang, der sich fast zur gleichen Zeit abspielte: Einer heftigen Attacke der Parteizeitung „Tribuna“ auf den Papst, in der Johannes Paul II. als der „reaktionärste Papst dieses Jahrhunderts“ bezeichnet wurde, folgte nicht nur eine harsche Erwiderung des Kardinals, sondern eine „Richtigstellung“ im Zentralorgan der gleichgeschalteten christlich-demokratischen Volkspartei „Lidova Demokracie“ (12. 4. 84): Der Beitrag der „Tribuna“ repräsentiere nicht die Parteilinie, sondern „undisziplinierte Randerscheinungen“.

Daraus wurde von westlichen Kommentatoren, u. a. von Kathpress-Herausgeber *Richard Barta*, in einem Kathpress-Kommentar (2. 5. 84) geschlossen, in der ČSSR gebe es gegenwärtig eine noch unentschiedene kirchenpolitische *Auseinandersetzung* zwischen Pragmatikern und Dogmatikern (einen „Zwist unter Brüdern“ sozusagen). Selbst wenn diese Spekulation bleiben sollte, die Tatsache, daß eine so subaltern geführte Zeitung wie die „Lidova Demokracie“ eine solche Distanzierung wagen konnte, läßt vermuten, daß es selbst in der Partei- und Staatsführung Leute gibt, die im Kirchenkampf wenigstens nicht alle diplomatischen Rücksichten vergessen haben.